



Seite des
Generalsekretärs
George Anderson

Gegenseitige Schuldzuweisungen in Föderationen („Blame Game“)

SICH GEGENSEITIG DIE SCHULD IN die Schuhe zu schieben ist manchmal die Art, wie gewisse Föderationen funktionieren. Sucht man bei Google nach „blame game“, stößt man als erstes auf Artikel über Borderline Störungen im Grenzbereich und die psychologische Dynamik von Beziehungen in der Kindheit. Kommt dies etwa der föderalistischen Wahrheit bereits zu nahe?

In das Spiel der gegenseitigen Schuldzuweisung sind Politiker jeder Regierungsstufe involviert, bemüht darum, jemandem den Schwarzen Peter für schiefgelaufene Dinge zuzuschieben. Dies läuft einer angeblichen Tugend des Föderalismus zuwider, nämlich derjenigen der Steigerung von Verantwortungsübernahme gegenüber den Wählern.

Manchmal weckt bereits das Schwarze-Peter-Spiel an sich den Zorn der Wähler. So versprach Kevin Rudd bei den letzten Bundeswahlen in Australien, dass seine Arbeitspartei für das Ende eines bestimmten „blame games“ sorgen werde – demjenigen zwischen der liberalen Regierung in Canberra und den sozialistischen Regierungen in den Bundesstaaten. Als Premierminister hat er schnell ein neues Föderalismus-Programm aufgestellt, indem er einige Hundert mit Bedingungen versehene Subventionsprogramme auf ein Dutzend mit viel weniger weitgehender Kontrolle reduziert hat. Als Ersatz werden die Bundesstaaten verschiedene Bezugssysteme entwickeln, an denen ihre Leistungen gemessen werden.

Der Hurrikan Katrina, der im Jahr 2005 die Golfküste von Zentralflorida bis Texas traf, war eine der verheerendsten Umweltkatastrophen in der Geschichte der USA. Die Verwüstung beeinträchtigte schließlich auch das Ansehen vieler Politiker und Amtspersonen sowie das Image, das viele Amerikaner von ihrem föderalistischen System gehabt hatten.

Ein solches Ereignis bietet eine außergewöhnliche Gelegenheit, einen Blick auf das „blame game“ in einem föderalistischen System zu werfen, denn die Einzelheiten eines großen Unglücks werden von der Öffentlichkeit viel genauer verfolgt, als dies bei den meisten anderen Angelegenheiten der Fall ist. „*Publius: The Journal of Federalism*“ widmete dem Thema der Schuldzuweisung im

Zusammenhang mit Katrina kürzlich eine ganze Ausgabe.

Politiker streben nach Stimmen und scheuen die Schuld. Der Fall Katrina hat eindrucksvoll und dramatisch gezeigt, wie die Dinge falsch laufen können. Aber wer ist schuld daran? Es sind nicht nur die Politiker. Häufig wurde auf die fehlende Kommunikation zwischen Regierungen, die technischen Herausforderungen des Katastrophengebietes und die Regierungen im allgemeinen hingewiesen. Wenn eine Regierung oder ein Politiker mehr als andere beschuldigt wurde, hatte die Parteizugehörigkeit einen starken Einfluss auf diese Beurteilung.

Im Zusammenhang mit der Schuldzuweisung wurde in den Medien, die in der ganzen Debatte eine wichtige Rolle spielten, meistens über die Bundesregierung diskutiert. Sachkundige Wähler haben wahrscheinlich im Vergleich mit weniger anspruchsvollen Wählern (vor allem ärmeren und weniger gebildeten Personen) öfter ganz bestimmte Amtspersonen oder Regierungen beschuldigt. Alles in allem war die Öffentlichkeit trotz der parteiischen Voreingenommenheit von den Tatsachen der Katastrophe beeinflusst, und daraus boten sich nur schwache und ziemlich unscharfe Verantwortungsträger an.

Es wäre entmutigend, wenn dies das Ende wäre. Wenn Fehler passieren, ist es wichtig, dass Regierungen und Amtspersonen aus der Erfahrung lernen und Verbesserungsvorschläge für die Zukunft machen. Nach Katrina wurden zahlreiche amtliche Untersuchungen und gründliche Nachprüfungen von Wissenschaftlern und andern unabhängigen Experten gemacht. Die Prüfungen zeigten, dass auf allen drei Regierungsstufen Fehler passiert waren. Es waren also alle mitschuldig.

Es kamen aber auch große strukturelle und personelle Probleme auf Bundesebene zu Tage. Viele hingen damit zusammen, dass die Organisation der Notfallmaßnahmen ins neue Ministerium für innere Sicherheit, dessen Fokus auf Terrorismus und nicht Naturkatastrophen liegt, integriert war. Die Untersuchungen beinhalteten deutliche Lehren für die Politik.

Leider wurden diese Lehren überhaupt nicht angemessen in Reformen innerhalb der Verwaltung sowie der zwischenstaatlichen Beziehungen umgesetzt. Und die

öffentliche Aufmerksamkeit wandte sich wieder anderen Angelegenheiten zu. Das Nicht-Reagieren auf wichtige Lehren, die man gezogen hat, ist nicht nur eine Schande, hier wären überhaupt Beschuldigungen am ehesten gerechtfertigt. Aber die Öffentlichkeit wird dies wohl erst bei der nächsten Katastrophe realisieren.

Föderalismus

Eine Publikation des Forums der Föderationen

HERAUSGEBER Rod Macdonell

MITHERAUSGEBER Reinold Herber und

Carl Stieren

TEXTREDAKTION Ernest Hillen und

Robert Winters

REDAKTIONSSISTENTIN

Rita Champagne

LAYOUT Shannon Elliot

Föderalismus wird dreimal jährlich vom Forum der Föderationen veröffentlicht. Ein Jahresabonnement kostet in Kanada CAD 25 und USD 25 in allen übrigen Ländern. Sie können gerne eigene Beiträge einreichen. Kontaktieren Sie die Herausgeber über unten stehende Adresse. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt das Forum der Föderationen keine Haftung. Drucklegung beim Lancer Verlag in der Sona Druckerei

AUFSICHTSRAT

Arnold Koller, Vorsitzender (Schweiz);
Violta Ruiz Almendral (Spanien); Samuel
Assefa (Äthiopien); David Cameron (Kanada);
Kim Campbell (Kanada); John de Chastelain
(Kanada); Wolf Linder (Schweiz); Wolf Okresek
(Österreich); Ravi Dhingra (Indien); Johanne
Poirier (Kanada); Roger Wilkins (Australien);
Peter Müller (Deutschland); Julius Ihonvbere
(Nigeria); Walter Fust (Schweiz)

WEITERE AUSGABEN

Englisch: Federations

Französisch: Fédérations

Spanisch: Federaciones

POSTANSCHRIFT

FORUM OF FEDERATIONS
325 Dalhousie, Suite 700
Ottawa, Ontario K1N 7G2 Kanada

Tel: 613-244-3360

Fax: 613-244-3372

forum@forumfed.org

www.forumfed.org